

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 10 · 27. Dezember 2019

## Aktuelle Stunde

Die Einigung von Bund und Ländern beim Klimaschutzpaket hat den Landtag in einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Themen waren u. a. der CO<sub>2</sub>-Preis, Energiekosten und die Pendlerpauschale. S. 3

## Künstliche Intelligenz

Sachverständige haben sich in einer Anhörung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation und des Wissenschaftsausschusses zum Thema „Künstliche Intelligenz“ geäußert. S. 9-11

## Das war 2019

Brexit, der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, der Missbrauchsskandal von Lüge oder die „Fridays for Future“-Demonstrationen: Landtag Intern blickt zurück auf das bewegte Jahr 2019. S. 14-15

## Für den Frieden

In einer Feierstunde hat der Landtag der Gründung des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge vor 100 Jahren gedacht. Heute ist die Kooperation mit Schulen ein Schwerpunkt der Arbeit. S. 16-17



# Haushalt zur Halbzeit

## Landtag verabschiedet Etat 2020

# INHALT

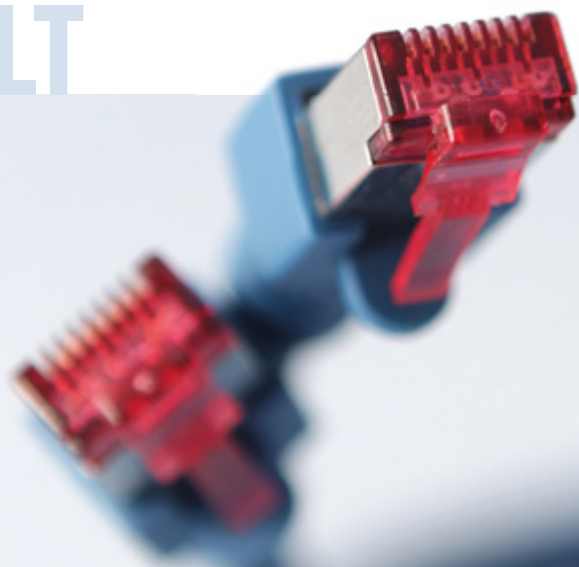


Foto: Schälte

## NRW und die Künstliche Intelligenz

<u>Sachverständige äußern sich zu Forschung und Anwendung</u> .....	S. 9
<u>Standpunkte</u> .....	S. 10

### Aus dem Plenum

<u>Kompromiss beim Klimaschutzpaket</u> .....	S. 3
<u>Landtag verabschiedet Haushalt 2020</u> .....	S. 4
<u>Meldungen</u> .....	S. 6

<u>Gesetzgebung</u> .....	S. 8
---------------------------	------

<u>Aus den Fraktionen</u> .....	S. 12
---------------------------------	-------

### Forum

<u>Das Jahr im Rückblick</u> .....	S. 14
<u>100 Jahre Volksbund</u> .....	S. 16
<u>Porträt übergeben</u> .....	S. 18
<u>„Pressefoto des Jahres“</u> .....	S. 20

### Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u> .....	S. 22
------------------------	-------

### Im Porträt

<u>Berivan Aymaz (Grüne)</u> .....	S. 23
------------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u> .....	S. 24
---------------------------	-------

### Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Georg Th. Schumacher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 20. Dezember 2019, 10 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# Kompromiss beim Klimaschutzpaket

## Landtag debattiert über Einigung von Bund und Ländern

19. Dezember 2019 – Ein höherer CO<sub>2</sub>-Einstiegspreis, Ausgleichszahlungen an die Bundesländer und eine höhere Pendlerpauschale – bei den Verhandlungen zum Klimaschutzpaket haben Bund und Länder Mitte Dezember im Vermittlungsausschuss einen Kompromiss erzielt. Über die Einigung beriet der Landtag in einer Aktuellen Stunde.

Diese war von den Koalitionsfraktionen von CDU und FDP beantragt worden. In ihrem Antrag („Durchbruch geschafft: Klimaschutzpaket des Bundes hat Chancen für Nordrhein-Westfalen; 17/8209) begrüßen die Fraktionen u. a., dass die Mehreinnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung zur Absenkung der Erneuerbare-Energien-Umlage auf den Strompreis verwendet werden soll. Es müsse gewährleistet sein, dass die Strompreise für die privaten Haushalte sinken. Zudem sei es „für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen entscheidend, dass die Belastungen für die Wirtschaft verringert werden“.

Klimaschutz bedeute, Verantwortung zu übernehmen, sagte **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU). Dass sich Bund und Länder geeinigt haben, sei ein ermutigendes Zeichen: „Unser Föderalismus hat wieder einmal bewiesen, dass er handlungsfähig ist, wenn es darauf ankommt.“ Optendrenk erinnerte an die Weltklimakonferenz in Madrid. Die Ergebnisse seien dürrftig, es habe keine klaren Verabredungen für globale Investitionen in den Klimaschutz gegeben. „Unser Bundesland hat seine eigenen Klimaziele 2020 bereits jetzt erreicht“, sagte der Abgeordnete. Und: „Wir in Nordrhein-Westfalen verstehen uns als Treuhänder für die kommenden Generationen.“

Es sei notwendig gewesen, Kompromisse einzugehen, sagte **Dietmar Brookes** (FDP). Seiner Fraktion sei wichtig, „dass es prinzipiell in die richtige Richtung geht, und das tut es“. Wer wirklich etwas für den Klimaschutz erreichen wolle, müsse „global an alle CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen herangehen“. Er warnte dabei vor Alleingängen. Man könne aber „vorangehen und Wege einschlagen, denen andere folgen werden“. In Deutschland habe man bei der CO<sub>2</sub>-Minderung lange nur den Energiesektor im Blick gehabt, sagte Brookes. Es sei allerdings erforderlich, auch den „Wohn- und Verkehrsbereich“ einzubeziehen.

### „Keine Linie“

**André Stinka** (SPD) kritisierte, die Landesregierung habe keine klare Position zum Klimaschutz. „Sie haben keine Linie, keine Ahnung und wissen nicht, in welche Richtung es gehen soll“, sagte Stinka. Positionen seien beliebig verändert worden. Noch im Jahr 2016 habe Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) den Klimaschutzplan 2050 des Bundes als Gefahr für den Wirtschaftsstandort abqualifiziert. Jetzt hätten CDU und FDP „ihr Herz für den Klimaschutz entdeckt“. Das sei erfreulich, aber nicht glaubwürdig. Die Arbeit im Vermittlungsausschuss sei nur nötig gewesen, weil die CDU im Bund zuvor „blockiert“ habe.

Bei den anderen Fraktionen im Landtag finde ein „Überbietungswettbewerb“ statt, „wer grüner als der andere ist“, stellte **Wibke Brems** (Grüne) fest. Die Einigung im Vermittlungsausschuss

trage aber die Handschrift der Grünen und sei nur gegen „massive Widerstände“ aus CDU und SPD im Bund durchgesetzt worden. Die geplanten Maßnahmen reichten bei Weitem nicht aus. „Aus einem schlechten Gesetz macht man im Vermittlungsausschuss kein gutes“, sagte Brems. Zudem lasse das angekündigte Kohleausstiegsgesetz weiter auf sich warten – mit „fatalen Folgen“ für die Menschen im Rheinischen Revier. „Wir müssen das angehen.“

**Christian Loose** (AfD) kritisierte den Kompromiss von Bund und Ländern beim Klimaschutzpaket. Deutschland sei weltweit das Land mit der höchsten Steuer- und Abgabenquote. Und dennoch bringe das Klimaschutzpaket nun Steuerhöhungen mit sich. Schon heute gebe es hohe Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, beispielsweise bei der Mineralölsteuer und der Umlage für Erneuerbare Energien beim Strompreis. Dabei sei günstige Energie immer die Grundlage von Wohlstand gewesen. Mit dem Klimaschutzpaket werde dagegen Wohlstand vernichtet, würden Familien belastet. Wer Energie verteuere, der vermindere Wohlstand.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) verteidigte den Klimakompromiss und wies insbesondere die Kritik der SPD-Fraktion zurück. Gemeinsam mit den sozialdemokratisch geführten Landesregierungen in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern werde NRW das Paket im Bundesrat beschließen, dabei den Klimaschutz hochhalten und „trotzdem die einfachen Leute“ nicht vergessen. Flächenländer wie NRW, Niedersachsen oder Bayern hätten in den Verhandlungen darauf gedrängt, dass es einen Ausgleich für Pendler geben müsse. Die SPD-Fraktion habe dagegen jedes Gefühl für die einfachen Menschen verloren. *zab, tob, wib*

# Landtag verabschiedet

18. Dezember 2019 – Der Landtag hat in dritter Lesung den Haushalt 2020 beschlossen. Er hat ein Gesamtvolumen von rund 80,2 Milliarden Euro. Zur Halbzeit der Wahlperiode zogen die Fraktionen bei einer Generaldebatte eine unterschiedliche Bilanz über die Arbeit der Landesregierung.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschat** warf der Landesregierung vor, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst zu nehmen und keine Lösungen für die Probleme im Land zu haben. CDU und FDP hätten 10 Milliarden Euro mehr an Einnahmen zur Verfügung als die rot-grüne Vorgängerregierung. Und doch seien sie nicht in der Lage, die drängendsten Fragen zu lösen. „Sie regieren an den Problemen der Menschen vorbei“, rief der Oppositionspolitiker der Koalition zu. Kutschat nannte u. a. den Wohnungsmangel und sprach von einer verfehlten Wirtschafts- und Energiepolitik. Die Kita-Reform sei nicht ausreichend finanziert, der Lehrermangel werde immer größer,

es gebe keine angemessenen Reaktionen auf die Finanzprobleme der Kommunen und eine steigende Armut. Kritik von Sachverständigen ignoriere die Landesregierung.

## „Ohne Neuverschuldung“

Als „Wundertüte von Flachwitzen“ und „niveaulose Plattitüden“ bezeichnete CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** die Äußerungen seines Vorredners. „Herr Kutschat, so macht man als Opposition keine seriöse Politik“, sagte Löttgen. Die Landesregierung habe den dritten Haushalt in Folge ohne Neuverschuldung vorgelegt und praktiziere „finanzielle Nachhaltigkeit“. Dank einer soliden Planung investiere sie mehr Geld u. a. in Schulen und Bildung, die Innere Sicherheit, Krankenhäuser, Straßen und Brücken. Mit ihrem Haushalt lege die Landesregierung „einen weiteren, einen soliden Grundstein, um Freiheit und Sicherheit, Ökonomie und Ökologie, städtische Räume und ländliche Regionen wieder miteinander ins Gleichgewicht zu bringen“. Forderungen von SPD und Grünen, neue Schulden zu machen, seien verantwortungslos.

Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker** stellte der Landesregierung ein schlechtes Zeugnis



Thomas Kutschat (SPD)

zur Halbzeit der Wahlperiode aus. Der Ministerpräsident könne nicht mit dieser Bilanz zufrieden sein. Die von Schwarz-Gelb propagierte Politik von „Maß und Mitte“ reiche nicht aus, um die anstehenden Herausforderungen des Landes zu meistern. Es brauche vielmehr „Mut

Fotos: Schälte



Ministerpräsident Armin Laschet (CDU)

# Haushalt 2020



Bodo Löttgen (CDU)

Monika Düker (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Markus Wagner (AfD)

und den Willen zum Aufbruch“. Düker forderte konkret u. a., den beschlossenen Kohleausstieg zügig umzusetzen und eine neue Leitentscheidung für das Braunkohlegebiet Garzweiler vorzulegen, um den Hambacher Forst und die vom Abbau bedrohten Dörfer zu erhalten. Die Menschen dort benötigten Klarheit. Die Erneuerbaren Energien müssten konsequent ausgebaut werden. NRW brauche zudem eine Investitionsoffensive und einen Altschuldenfonds für besonders notleidende Kommunen.

## „Viel geschafft“

„Wir haben viel geschafft“, bilanzierte FDP-Fraktionschef [Christof Rasche](#) zur Halbzeit der Legislaturperiode. Zu den Erfolgen von Schwarz-Gelb zählten u. a. eine Politik der „Entfesselung“, Fortschritte bei der Digitalisierung, die Wiedereinführung des Bildungsgangs G9, ein neues Kinderbildungsgesetz sowie mehr Sicherheit und Mobilität. Ein Erfolg sei zudem, zum dritten Mal einen Haushalt ohne neue Schulden zu verabschieden, was auf eine „jahrzehntelange sozialdemokratischen Schuldenorgie“ folge. Trotz des Verzichts auf neue Schulden investiere die Landesregierung mehr in Bildung, Sicherheit und Infrastruktur. „Unser Kurs der soliden Finanzpolitik ist der richtige

Kurs für Nordrhein-Westfalen“, sagte Rasche. Dabei wahre Schwarz-Gelb „die Balance von Ökologie und Ökonomie“ mit „rationalen“ Entscheidungen.

CDU, FDP, SPD und Grüne hätten in der Vergangenheit versagt, sagte AfD-Fraktionschef [Markus Wagner](#). Sie hätten „die Infrastruktur des Landes verkommen lassen“, es fehle Personal bei der Polizei, in Schulen und bei der Justiz. Bei der Digitalisierung sei Nordrhein-Westfalen „auf einem Stand mit Kasachstan“. Der Landesregierung sei es trotz „anhaltend hoher Steuereinnahmen“ nicht gelungen, den „hohen Schuldenstand nennenswert zu reduzieren“. Die Industrieproduktion erodiere, die Auftragszahlen seien rückläufig, die Menschen im Ruhrgebiet würden im Stich gelassen. Führend sei NRW jedoch bei den Arbeitslosenzahlen. Wagner sprach von „explodierenden Mieten“ auf dem Wohnungsmarkt. Der Zuzug von Flüchtlingen verschärfe die Situation. Er forderte zudem mehr Unterstützung für die Landwirtschaft.

„Es hat einen Wandel in diesem Land gegeben und die Menschen spüren das auch“, sagte Ministerpräsident [Armin Laschet](#) (CDU). Das Jahr 2020 werde ein „Jahr großer Umbrüche“ sein, sagte er und nannte als Beispiele den Austritt Großbritanniens aus der EU und die

Klimapolitik. Die Beendigung der Braunkohle-Verstromung, das Abschalten von Kraftwerken und Menschen in den vorzeitigen Ruhestand zu schicken, müsse „mit Maß und Mitte“ erfolgen. Das Land stehe gleichzeitig vor einer „gigantischen Verkehrswende“ und dem „Umstieg auf die Elektromobilität“. Beim vorliegenden Haushalt handle es sich um den dritten in Folge ohne neue Schulden, betonte der Ministerpräsident. Die Klimaschutzziele wolle man noch ambitionierter umsetzen und mit dem „Entfesselungspaket 5“ den Ausbau Erneuerbarer Energien voranbringen. *wib, tob, zab*

## Eckdaten

Der Haushalt 2020 des Landes Nordrhein-Westfalen hat ein Volumen von rund 80,2 Milliarden Euro, 2,3 Milliarden mehr als 2019. Die Steuereinnahmen werden auf 65,1 Milliarden Euro beziffert (2019: 61,5). 28,8 Milliarden Euro (27,8) fließen in Personalausgaben, 8,1 Milliarden Euro (7,9) sind für Investitionen vorgesehen. Schwerpunkte sind nach Angaben des Finanzministeriums die Bereiche Familie, Innere Sicherheit, Bildung und Kultur, Digitalisierung und Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung, Sport und Gesundheit sowie Attraktivität und Effizienz der Landesverwaltung.



## Straßenausbaubeiträge

18.12.2019 – Der Landtag hat das „Fünfte Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes“ (17/7547) verabschiedet. In namentlicher Abstimmung votierten 100 Abgeordnete für das Gesetz. 96 stimmten dagegen bei 2 Enthaltungen. Die Landesregierung hatte den Entwurf im Oktober ins Plenum eingebracht. Das Gesetz sieht mehrere Maßnahmen zur Änderung des Straßenausbaubeitragsrechts vor. So soll es künftig im Vorfeld von möglichen Baumaßnahmen verpflichtende Anliegerversammlungen geben. Die Kommunen sollen einen Spielraum erhalten, Beitragspflichtigen auf Antrag eine Zahlung „in höchstens zwanzig Jahresraten“ zu gewähren. Zudem wird eine Härtefallregelung eingeführt, wonach Personen unter bestimmten Prämissen „eine unbefristete Stundung“ gewährt werden kann. Die Landesregierung argumentiert, dass sich die Straßenausbaubeiträge grundsätzlich bewährt hätten und von der Rechtsprechung vollumfänglich anerkannt seien. In Einzelfällen könne es für die Betroffenen aber „zu hohen und teilweise erheblichen finanziellen Belastungen kommen“, die diese auch überfordern könnten. Die Volksinitiative zur kompletten Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (17/7482) wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. 100 Abgeordnete stimmten gegen die Initiative, 97 dafür.

## Volksinitiative Fahrrad

18.12.2019 – Die Landesregierung soll noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz erarbeiten und in den Landtag einbringen, „das die Forderungen der Volksinitiative ‚Aufbruch Fahrrad‘ aufgreift“. Den entsprechenden Entschließungsantrag (17/7950) der Fraktionen von CDU und FDP hat das Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP beschlossen. Die Grünen stimmten dagegen, die AfD enthielt sich. Zuvor war die Volksinitiative mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der AfD angenommen worden. Entschließungsanträge von Grünen (17/8216) und AfD (17/8285) wurden abgelehnt. Die Volksinitiative hatte eigenen Angaben zufolge 206.687 Unterschriften

für ihr Anliegen gesammelt. Das erforderliche Quorum sei damit erreicht worden und die Volksinitiative rechtswirksam zustande gekommen, heißt es in einer Unterrichtung durch den Landtagspräsidenten (17/7316). Der Verkehrsausschuss empfahl, dem Anliegen der Volksinitiative zu folgen (17/7938). Die Initiative setzt sich für die Erarbeitung eines Fahrradgesetzes ein und hat dazu einen neun Punkte umfassenden Forderungs- und Maßnahmenkatalog vorgelegt.

## Konsumgesellschaft

18.12.2019 – Der Landtag hat über den Antrag der SPD-Fraktion „Wege zu mehr Verantwortungsbewusstsein in der Konsumgesellschaft“ (17/8103) debattiert. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (federführend) überwiesen. „Sowohl bei der Herstellung von Konsumgütern, als auch bei der vorgelagerten Rohstoffgewinnung verursachen wir mit unserer bisherigen Produktions- und Lebensweise Folgekosten, die wir nicht unmittelbar spüren“, schreibt die Fraktion. Diese Kosten entstünden „vorrangig im globalen Süden und haben dort für die Menschen oft fatale Folgen und Erscheinungsformen, die sich z. B. in Kinderarbeit, Armut und Umweltzerstörung niederschlagen“. Die Landesregierung solle u. a. eine „Landesstrategie für verantwortungsvollen Konsum“ schaffen, welche die Maßgaben des „Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum“ der Bundesregierung auf die Landesebene herunterbreche. Zudem solle sie einen landesweiten Preis für nachhaltigen Konsum ausloben, „der kategorienscharf Best Practice in den verschiedenen Lebens- und Wirtschaftsbereichen identifiziert und auszeichnet“.

## „Haus der Geschichte“

18.12.2019 – Der Landtag hat das „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung ‚Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen““ (17/7904 und 17/8287) in zweiter Lesung verabschiedet. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen hatten den gemeinsamen Gesetzentwurf im November in den Landtag eingebracht. Zweck der Stiftung

ist es, „die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, seine Vergangenheit, seine Entstehung und seine Entwicklung darzustellen und anschaulich werden zu lassen. Der Stiftungszweck soll insbesondere durch die Leitgedanken ‚Demokratie, Vielfalt, Wandel‘ verwirklicht“ werden. Zur Erfüllung dieses Zwecks soll u. a. eine ständige Ausstellung eingerichtet werden. Geplant ist zudem die Einrichtung und Unterhaltung eines Forschungsinstituts für Landesgeschichte.

## Radschnellweg

18.12.2019 – Die Fraktion der Grünen drängt darauf, Planungen für einen Radschnellweg entlang der Autobahn 565 in Bonn zügig umzusetzen. Die Autobahn solle vom Kreuz Bonn-Nord bis zur Anschlussstelle Poppelsdorf sechsspurig ausgebaut werden, heißt es in einem Antrag (17/8095) der Fraktion. In Bonn werde seit Jahren diskutiert, einen Radschnellweg entlang der Autobahn zu bauen. Einen entsprechenden Beschluss habe der Rat der Stadt bereits im Oktober 2018 getroffen. Ein von der Stadt beauftragtes Gutachten rechne auf der Strecke mit 5.000 Radfahrenden täglich. Dem NRW-Verkehrsministerium liege zudem eine Potenzialanalyse und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vor. „Dies ist Voraussetzung, damit der Radweg als Landesradweg gebaut und finanziell vom Land getragen wird.“ Das Ministerium „weigere“ sich jedoch, eine gemeinsame Planung von Autobahnneubau und Radschnellweg vorzunehmen. Die Landesregierung solle „dem ausdrücklichen Wunsch und der Beschlusslage der Stadt Bonn“ nachkommen und „Straßen.NRW mit der gemeinsamen Planung und Umsetzung von Autobahnausbau und Radschnellweg beauftragen“, fordern die Grünen. Der Antrag der Fraktion wurde an den Verkehrsausschuss überwiesen.

## Lieferketten

19.12.2019 – Weltweite Produktionsbedingungen und globale Lieferketten standen im Mittelpunkt einer von der SPD-Fraktion beantragten Plenardebatte. „In vielen Betrieben weltweit sind Zwangsarbeit und Ausbeutung, ungenü-



gende Löhne und unzureichende Arbeitssicherheit sowie Kinderarbeit auch 100 Jahre nach der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation trauriger Alltag“, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag ([17/8102](#)). Die Landesregierung solle sich im Bund für ein Lieferkettengesetz starkmachen, „mit dem Unternehmen dazu verpflichtet werden, sich an Menschenrechte und Umweltstandards zu halten“. Zudem solle sie im ersten Halbjahr 2020 eine eigene Initiative für ein Lieferkettengesetz im Bundesrat einbringen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung federführend an den Ausschuss für Europa und Internationales überwiesen.

## Dichtheitsprüfungen

19.12.2019 – Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken in Wasserschutzgebieten werden künftig nur noch anhand von „objektiven, tatsächlichen und vor allem nachvollziehbaren Gründen“ zu Dichtheitsprüfungen ihrer Abwasserleitungen verpflichtet. Dies hat der Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD beschlossen. Die Fraktionen von SPD und Grünen stimmten dagegen. Grundlage der Debatte war ein gemeinsamer Antrag von CDU und FDP („Dichtheitsprüfungen in Wasserschutzgebieten in begründeten Verdachtsfällen zum Schutz des Grundwassers und der Grundstückseigentümer“, [17/8107](#)). „Nach jetziger Rechtslage sind Abwasserleitungen in Wasserschutzgebieten anhand von starren Fristen auf die Dichtheit zu überprüfen“, heißt es in dem Antrag. Diese Fristen seien „nicht zielführend, da sie möglicherweise vorhandenes Gefährdungspotential für das Grundwasser nicht ausreichend berücksichtigen können“. Für die Überwachung des Kanalisationsnetzes seien insbesondere die Kommunen zuständig, so die Fraktionen weiter. Bei der Überprüfung der Hauptleitungen könne bereits eine Erstüberprüfung der häuslichen Abwasserleitungen erfolgen. Ergäben sich bei diesen „ohnehin stattfindenden Überprüfungen begründete Verdachtsmomente für die Undichtigkeit von häuslichen Abwasserleitungen, hat künftig eine Dichtheitsprüfung durch den Grundstückseigentümer zu erfolgen“.

## Brücken

19.12.2019 – Die AfD-Fraktion spricht von einem „akuten Brückennotstand“ in Nordrhein-Westfalen und fordert, diesen zu beheben. Brücken seien „Nadelöhre der Verkehrsinfrastruktur und bedürfen einer besonderen Priorisierung in Überwachung und Instandhaltung“, heißt es in einem Antrag ([17/8098](#)), den die Fraktion ins Plenum eingebracht hat. Laut Angaben des Verkehrsministeriums seien „von rund 6.600 akut zu prüfenden Brücken bislang erst 920 tatsächlich untersucht worden“, von denen wiederum 573 Brücken vollständig ersetzt werden müssten. Die Landesregierung solle Maßnahmen ergreifen, „den Verkehr intelligent und großräumig zu lenken, um Staus in NRW präventiv zu vermeiden“. Zudem müsse das Baustellenmanagement optimiert und mehr Geld für die Untersuchung, Sanierung sowie den Neubau von Brücken bereitgestellt werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss (federführend) überwiesen.

## Petitionsausschuss

19.12.2019 – Der Petitionsausschuss hat dem Plenum seinen Bericht für das 1. Halbjahr 2019 vorgelegt. Demnach erreichten den Ausschuss in den ersten sechs Monaten des Jahres 2.623 neue Petitionen. Im selben Zeitraum wurden 2.799 entschieden, davon fast 40 Prozent positiv. Schwerpunkt der Arbeit war laut Halbjahresbericht das Sozialrecht mit rund 700 Eingaben (rund 25 Prozent). Es folgen das Ausländerrecht (20,5 Prozent) sowie Bauen/Wohnen/Verkehr/Umwelt (18,7 Prozent).

## Aufforstung

19.12.2019 – Vier von fünf Bäumen sind in Nordrhein-Westfalen nicht vollkommen gesund. Das geht aus dem Antrag „Mehr Zeit für angepasste Aufforstung – zeitgemäße Änderung im Landesforstgesetz“ ([17/8106](#)) der Fraktionen von CDU und FDP hervor, über den die Abgeordneten debattiert haben. „Der Klimawandel mit seinen Folgen wie trockenere Sommer, stürmischere Frühjahre und das

Massenaufreten des Borkenkäfers und anderer Forstschädlinge setzt den Bäumen massiv zu“, heißt es im Antrag mit Blick auf die „Waldzustandserhebung 2019“ des NRW-Umweltministeriums. Laut geltender Rechtslage müssten „kahlgeschlagene Waldflächen oder verlichtete Waldbestände in angemessener Frist“ aufgeforstet werden. In NRW gelte aktuell eine Frist von zwei Jahren. Angesichts massiver Waldschäden solle die Landesregierung bei der Anwendung des Landesforstgesetzes allerdings „durch ermessensgestaltende Regelungen“ sicherstellen, „dass Verwaltungsverfahren soweit gesetzlich zulässig unterbleiben und adäquate Zeiträume zur Wiederbewaldung der Kalamitätsflächen eingeräumt werden“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen angenommen. Gegen den Antrag stimmte die Fraktion der AfD.

## Kassenbons

19.12.2019 – Die Fraktionen von CDU und FDP haben einen Antrag zum sogenannten Kassengesetz („Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen“) des Bundes vorgelegt. Es verpflichtet Bäcker, Friseure, Einzelhändler und andere Gewerbetreibende vom 1. Januar 2020 an in ganz Deutschland, Kassenbons elektronisch oder in Papierform an Kunden auszugeben. In ihrem Antrag „Der Nächste bitte! Statt Zettelwirtschaft mit Kassenbons“ ([17/8108](#)) schreiben die Fraktionen, „dass die Belegausgabepflicht grundsätzlich dem sinnvollen Ansatz dient, Transparenz im Kampf gegen Steuerbetrug zu verstärken“. Die Ausgabepflicht „unter einem gewissen Warenwert“ habe aber „bei verzeihfertigen Lebensmitteln weder für den Kunden noch den Verkäufer einen relevanten Vorteil“. Die Landesregierung solle sich „für eine praxisnahe, ressourcenschonende und verkäuferfreundliche Handhabung der Belegausgabepflicht“ einsetzen und „eine unbürokratische Anwendung der Härtefallregelung“ prüfen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU, FDP und AfD angenommen. Die Fraktion der SPD stimmte dagegen. Die Grünen enthielten sich. Ein Entschließungsantrag der SPD ([17/8289](#)) wurde abgelehnt.

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)** | [17/7200](#), [17/7800](#) und [17/8150](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsgesetz 2020)** | [17/7203](#) und [17/8018](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 - FFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes** | [17/7202](#), [17/7800](#) und [17/8152](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Fünftes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung** | [17/7318](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes** | [17/7547](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Versorgungswerkgesetzes NRW und des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/8097](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | 1. und 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/7549](#) und [17/8120](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes** | [17/7718](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes** | [17/5587](#) und [17/8121](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“** | [17/7904](#) und [17/8287](#) | CDU, SPD, FDP und Grüne | 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/6682](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Gesetz zur Reform des Hinterlegungsgesetzes** | [17/7548](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 18. Dezember 2019 | verabschiedet

**Gesetz zur Zustimmung zum Dreiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz)** | [17/8130](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 19. Dezember 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW)** | [17/7747](#) | AfD | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Anpassung und Bereinigung schulrechtlicher Vorschriften (15. Schulrechtsänderungsgesetz)** | [17/7770](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

**Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter** | [17/7539](#) | SPD | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Erhöhung der Transparenz bei Beteiligungen politischer Akteure an Medien (Medientransparenzgesetz NRW)** | [17/7360](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz – GefTierG NRW)** | [17/7367](#) | Grüne | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer** | [17/6758](#) | AfD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie** | [17/6586](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragtenengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW)** | [17/6147](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte** | [17/6267](#) | AfD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung – Wahlalter auf 16 Jahre absenken)** | [17/5619](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK** | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Abschaffung von Straußenausbaubeiträgen** | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung



**Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen** | [17/7926](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Erhöhung der Transparenz von Veranstaltergemeinschaften des lokalen Hörfunks (Lokalhörfunk-Transparenzgesetz NRW)** | [17/7907](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern** | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung



# NRW und die Künstliche Intelligenz

## Sachverständige äußern sich in Anhörung zu Forschung und Anwendung

12. Dezember 2019 – Nordrhein-Westfalen soll zum bundesweit führenden Standort für angewandte Künstliche Intelligenz (KI) werden und auch in Europa unter den „Top Ten“ rangieren. Dieses Ziel haben die Fraktionen von CDU und FDP in einem gemeinsamen Antrag formuliert. In einer Anhörung des Wissenschaftsausschusses sowie des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation haben sich Sachverständige dazu geäußert.

Nordrhein-Westfalen verfüge bereits „über große Kompetenzen“ auf dem Gebiet, heißt es im Antrag („Künstliche Intelligenz: Forschung und Innovation für Maschinelles Lernen voranbringen“, 17/7374). Als Beispiele nennen die Fraktionen u. a. das Kompetenzzentrum Maschinelles Lernen Rhein-Ruhr mit dem Lehrstuhl für Künstliche Intelligenz an der TU Dortmund sowie die Fraunhofer-Institute in Sankt Augustin, Dortmund und Bonn. Weitere Forschungseinrichtungen, Netzwerke, Lehrstühle und Institute arbeiteten an der Schnittstelle zur Anwendung.

Genau dort solle die 2018 gegründete Kompetenzplattform KI.NRW die „starke Forschungslandschaft“ ergänzen, schreiben CDU und FDP. Es gelte, „die Innovationskraft der Wissenschaft und Forschung für unsere Wirtschaft – Industrie und Mittelstand gleichermaßen – nutzbar zu machen“. Im Mittelpunkt sollen „Forschung und Bildung, ein erfolgreicher Technologietransfer und eine ethisch-verantwortungsvolle Umsetzung“ stehen.

### „Weichenstellungen“

Unterstützung signalisierte die Landesrekorenkonferenz in ihrer Stellungnahme für die Ausschüsse. Aus Sicht der nordrhein-westfälischen Universitäten seien „erste wichtige Weichenstellungen“ bereits erfolgt. Auf Landesebene fehlten aber konkrete Ausschreibungen und Programme, „über die Drittmittel im Rahmen der vor gut einem Jahr beschlossenen KI-Strategie eingeworben werden könnten“. Zudem sollten den Universitäten ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt werden, um „die gesellschaftlichen Transformationsprozesse, die mit der Ausweitung von KI in viele Lebensbereiche einhergehen, sowie ethische Fragen in diesem Zusammenhang systematisch zu erforschen“.

Jegliche Anstrengung, NRW auf dem Feld der Künstlichen Intelligenz zu stärken, sei „sinnvoll, notwendig, dringlich und äußerst begrüßenswert“, schrieb Prof. Dr. Stefan Wrobel (Universität Bonn, Fraunhofer-Institut). KI biete „enorme Wachstumschancen für diejeni-

gen Unternehmen und Volkswirtschaften, die sie sich als erste und vollumfänglich zu eigen machen“. Auf der anderen Seite stünden große Risiken für diejenigen, „die dies nicht tun“. NRW biete für die KI-Forschung eine exzellente Basis. „Schwerpunkte sollten auf den KI-Stärken NRWs aufbauen und darüber hinaus die Schlüsselbranchen wie Produktion, Logistik, Medizin und Medien berücksichtigen“, so Wrobel. Ein besonderes Augenmerk müsse auf der Schnittstelle zwischen Forschung und Anwendung liegen.

Prof. Dr. Helge Ritter (Universität Bielefeld) empfahl in seiner Stellungnahme u. a., „KI-Forschung à la Google & Co.“ nicht nur nachzulaufen, sondern eigene Akzente zu setzen und konsequent auszubauen. Universitäten müssten geeignet aus-

gestattet werden, damit sie in Ausbildung und Forschung mit den rasant steigenden Anforderungen mithalten können. Bei den Gehältern seien deutsche Universitäten im KI-Bereich „nicht konkurrenzfähig“. Vorhandene Ressourcen müssten durch „bestmögliche Vernetzung“ gestärkt werden.

Man unterstütze „das Vorhaben der Landesregierung, den Forschungs- und Wirtschaftsstandort in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Künstlichen Intelligenz zu stärken“, heißt es in einer Stellungnahme des Chemiekonzerns Lanxess für den Ausschuss. Die Digitalisierung werde „die Prozesse und Geschäftsmodelle in der Chemieindustrie und unseren Kundenin-

dustrien nachhaltig verändern“. Lanxess habe mit einer konzernweiten Digitalisierungsstrategie reagiert, brauche aber die Unterstützung der Politik. Gerade bei der Anwendung Künstlicher Intelligenz seien hoch qualifizierte Fachkräfte „mit entsprechender technisch-chemischer und digitaler Expertise“ erforderlich.

Das neue Anforderungsprofil an Chemiker und Chemieingenieure müsse sich in einer interdisziplinären universitären Ausbildung niederschlagen. *zab*

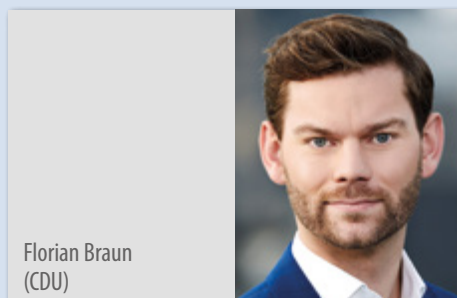
Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schälte

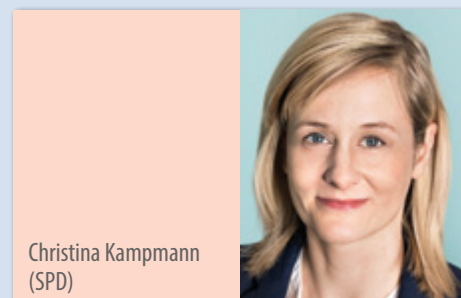
SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zum Thema „Künstliche Intelligenz“



Florian Braun  
(CDU)



Christina Kampmann  
(SPD)

### **Künstliche Intelligenz ...**

... dynamisiert die Entwicklung von Innovation. Durch die Erkennung von x-fach wiederkehrenden Mustern kann KI Vorgänge zwecks Qualitätssteigerung und Ressourcenschonung auswerten. Durch den Ausbau moderner Rechnerkapazitäten ist KI nicht mehr nur noch ein Algorithmus auf dem Papier. Unser Ziel: NRW in Sachen KI in die Top-Standorte Europas führen.

... ist ein wesentlicher Treiber für die digitale Transformation und wird unser Leben erheblich verändern. Gesamtwirtschaftliche Produktivitätsgewinne und digitale Dividenden durch den Einsatz von KI müssen dabei den Vielen, nicht den Wenigen zugutekommen. Technischer Fortschritt muss immer zu gesellschaftlichem und sozialem Fortschritt führen.

### **Chancen ...**

... entstehen, wenn es uns gelingt, die Innovationskraft der Wissenschaft und Forschung für unsere Wirtschaft und Bürger nutzbar zu machen. Wir erleben und erwarten Innovationssprünge bei Krankheitsbekämpfung, bei der Prognose von Verbrechen, bei der Berechnung von Energieflüssen, bei der Verwirklichung von autonomem Fahren, bei der industriellen Anwendung von Robotik und vielem mehr.

... von KI liegen z.B. im Bereich der Medizin. Hier leistet sie durch Mustererkennung bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung von Diagnose und Forschung. Das bedeutet aber nicht, dass wir künftig auf Ärztinnen und Ärzte verzichten können, wohl aber, dass sie Künstliche Intelligenz zu nutzen wissen müssen.

### **Risiken ...**

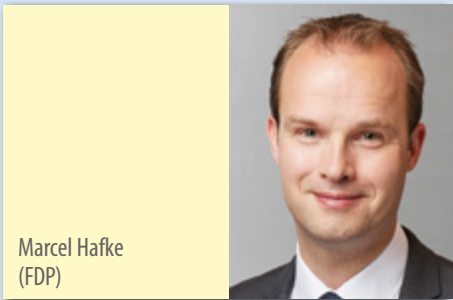
... werden zumeist dann gesehen, wenn es um ethische Grundsätze und die Frage nach der Ausgestaltung der Algorithmen geht. Deshalb ist das Zertifizierungsangebot von KI.NRW für sichere und vertrauenswürdige KI ein kluger Schritt. Wir müssen über Diskriminierungsfreiheit von Algorithmen diskutieren und gemeinsam mit Forschung und Wirtschaft Standards schaffen, um Risiken zu minimieren.

... beim Einsatz von KI können minimiert werden, wenn die Überprüfbarkeit der verwendeten Algorithmen stets gewährleistet ist. So können die diskriminierungsfreie Gestaltung von KI-Systemen verbessert und die Potenziale zur Reduzierung von Ungleichheiten in unserer Gesellschaft genutzt werden.

### **Der Standort NRW ...**

... verfügt bereits über große Kompetenzen: z.B. das Zentrum Maschinelles Lernen Rhein-Ruhr an der TU Dortmund, die Fraunhofer-Institute für Intelligente Analyse- & Informationssysteme in Sankt Augustin und das FZ Jülich mit dem Supercomputing Centre. Das Kompetenzzentrum KI.NRW führt nun die Forschungslandschaft zusammen und schafft Schnittstellen zur Anwendung.

... ist in der Spracherkennung und der Robotik international führend. Auf dieser hervorragenden Basis dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Die Grundlagenforschung im Bereich des datensparsamen Lernens von KI muss nachhaltig gesichert werden. In Kombination mit der DSGVO kann hier ein besonderes Qualitätsmerkmal von Künstlicher Intelligenz aus NRW entstehen.



... ist weit mehr als Daten und Zahlen. KI ist Bewegung und Entwicklung, Vernetzung und Entkopplung. Ob in der Industrie, der Verwaltung, der Mobilität oder in Wissenschaft und Forschung: KI verändert Bekanntes und wirft neue Fragestellungen und Herausforderungen auf – die Antwort kann nur eine Politik finden, die mutig und gestaltungswillig ist.

... ist keine ferne Zukunftstechnologie, sie wird schon heute in vielen Bereichen angewandt. Sie birgt große Chancen für Innovationen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft, kann bei falscher Entwicklung und Anwendung aber auch Risiken bedeuten. Wir GRÜNE wollen diese Risiken verhindern, indem wir auf eine verantwortungsvolle Entwicklung durch die Wissenschaft in NRW setzen.

... ist alles, was beim Menschen Intelligenz erfordert, aber von einer Maschine gemacht wird. An einer genauen Definition fehlt es allerdings. Häufig wird auch von „maschinellern Lernen“ gesprochen. Die rasante Entwicklung der Leistungsfähigkeit von Computersystemen eröffnet dabei immer neue Möglichkeiten und lässt Forschung und Anwendung in diesem Gebiet geradezu explodieren.

... sind da, um genutzt zu werden. KI kann Daten sicherer, Arbeit leichter und Bildung besser machen. So entstehen neue Branchen, neue Jobs und neue Möglichkeiten für jeden Einzelnen. Die FDP will daher erstens die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und zweitens die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und überzeugen.

... dieser Technologie liegen darin, dass sie den Menschen viele Tätigkeiten erleichtern, sie unterstützen oder überhaupt erst ermöglichen kann: Medizinische Diagnosen, Archivieren und Finden von Wissen, Assistenzsysteme im Verkehr, Betrieb von Maschinen in Unternehmen oder beim Katastrophenschutz – die möglichen Anwendungen von Künstlicher Intelligenz sind sehr vielfältig.

... gibt es in Hülle und Fülle. Intelligente Maschinen können den Menschen von zahlreichen langweiligen, gefährlichen oder ermüdenden Arbeiten befreien und trotzdem neue Arbeitsplätze schaffen. Ein gutes Beispiel ist das autonome Fahren: Die Lebenszeit, die wir aktuell damit verbringen, das Lenkrad festzuhalten und aus dem Fenster zu schauen, könnten wir produktiv oder einfach zur Entspannung nutzen.

... sind immer Teil der Gleichung. Das größte Risiko wäre es jedoch, aus Angst nichts zu tun. Nur wer gestaltet, kann auch die Regeln bestimmen.

... entstehen, wenn Künstliche Intelligenz nicht als Hilfsmittel für die Menschen verstanden, sondern zum Selbstzweck wird. Datenschutz, das Verbot von Diskriminierung sowie Ethik müssen Bestandteile der Entwicklung dieser Technologie sein. Vermeintliche Wirtschaftsvorteile oder der Datenhunger mancher Algorithmen dürfen keine Gründe sein, diese Aspekte zu ignorieren oder Standards abzubauen.

... resultieren nicht aus der Technik selbst, sondern aus ihrem Einsatz durch Menschen. Die größte Gefahr sehe ich hier in der Automatisierung des Überwachungsstaats: China und das „Social Scoring“ sind da warnende Beispiele. Auch hierzulande gibt es Bestrebungen, das Leben der Bürger immer detaillierter zu (maß-)regeln. Dabei könnte die Versuchung größer werden, die KI-Technologie zu nutzen und zu missbrauchen.

... verfügt über eine international anerkannte Hochschullandschaft im Herzen Europas. Wir sind überzeugt: Forschung, nicht Angst, schafft Innovation. Wir stehen für eine Politik, die nach vorne schaut! Mit dem Kompetenznetzwerk KI vernetzen wir Forschung und Wirtschaft, um NRW zum weltweit führenden KI-Standort zu machen.

... eignet sich bestens für die Entwicklung einer wissensbasierten Künstlichen Intelligenz, die keinen Menschen diskriminiert, die ethisch basiert und die daten- und ressourcensparend ist. Diese wäre ein echter wirtschaftlicher Vorsprung und würde darüber hinaus der Gesellschaft in vielen Bereichen sehr nutzen. Dafür muss die Förderung in NRW weiter ausgebaut werden.

... muss sich im Bereich der Forschung nicht verstecken – obwohl Deutschland und auch NRW vergleichsweise nur sehr geringe Summen in die Erforschung dieser Technologien investieren. Umso wichtiger wird es sein, hier ein attraktives Umfeld zu schaffen, damit aus Spitzenforschung auch Spitzentechnologie entsteht. Leider steht man sich da oft selbst im Weg, z. B. mit der unseligen Datenschutz-Grundverordnung.

Sitzung

# AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## 2,5 Jahre NRW-Koalition. Passt – wir machen weiter!

Seit Juni 2017 lenkt die schwarz-gelbe Landesregierung unter Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) nun unser Land. In den vergangenen

2,5 Jahren hat die NRW-Koalition bereits vieles auf den Weg gebracht, was sie versprochen hat: mehr Personal sowie bessere und modernere Ausrüstung für die Polizei, eine konsequente Null-Toleranz-Politik gegenüber Kriminellen, die Entfesselung der Wirtschaft, Rückkehr zu G9, Einführung der Landarztquote, 1.000 Gründer-Stipendien ausgehändigt und nicht zu vergessen zwei Landeshaushalte ohne neue Schulden. Wir haben noch viele Ideen und Vorhaben, womit die NRW-Koalition das Land weiter voranbringen möchte, und werden engagiert und konzentriert weitermachen. Für das kommende Jahr haben auch wir uns Neujahrsvorsätze vorgenommen. Wir werden

bis 2022 300 Millionen Euro in Sportstätten investieren, damit Sportvereine die Möglichkeit haben, Modernisierungen vorzunehmen, wir werden weiterhin lokale und regionale Rundfunkangebote fördern, die E-Mobilität weiter in den Fokus setzen sowie Schulen und Gewerbegebiete bis 2022 an ein Gigabit-Netz anbinden.

Wir haben große Ziele, die wir verfolgen. Bis jetzt haben wir unsere Versprechen gehalten und das werden wir auch weiterhin tun. Weitere Informationen zu #passt finden Sie hier: [www.cdu-nrw-fraktion.de/passt](http://www.cdu-nrw-fraktion.de/passt)



## Fair geht mehr – Think global, act local

Nachhaltigkeit ist ein globales Thema, das alle betrifft und gesellschaftlich kontrovers diskutiert wird. Unsere Produktions- und Lebensweisen haben fatale Folgen für das Klima, für die Umwelt und für den sozialen Frieden. „Daran müssen und wollen wir auf allen Handlungsebenen etwas ändern“, sagt Inge Blask, verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag NRW. „Deshalb haben wir der Nachhaltigkeit im Dezember eine Themenwoche gewidmet.“

Im Rahmen einer Jugendwerkstatt hatte die SPD-Fraktion mehr als 20 Jugendliche dazu eingeladen, an der Entwicklung von parlamentarischen Initiativen für den Landtag mitzuwirken. Das Ergebnis sind drei Anträge zu den Themen „Lieferketten“, „Nachhaltiger Konsum“ und „Faire öffentliche Beschaffung“,



die in das Dezember-Plenum von der SPD-Fraktion eingebracht wurden.

Nachhaltigkeit liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, die Rahmenbedingungen müssen aber politisch geschaffen werden. So müssen auch Kommunen rechtlich unterstützt werden, wenn es um nachhaltige öffentliche Beschaffung zur Einhaltung von konkreten Zielen geht. „Das Land muss alles

tun, um diejenigen Kommunen in NRW besser zu unterstützen, die sich für öko-faire Beschaffung einsetzen“, fordert deshalb Rüdiger Weiß, Sprecher für Europa und Internationales. Doch nicht nur politische Einmischung ist gefragt, auch Unternehmen müssen auf nachhaltige und gerechte Methoden setzen. Sie müssen ihrer ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Verantwortung gerecht werden. Rüdiger Weiß: „Damit NRW zum Motor der Nachhaltigkeitswende wird, möchten wir eine Allianz mit progressiven Unternehmen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren schmieden. Denn fair geht mehr in unserem Land.“



## Werkstattgespräch zur Zukunft des öffentlichen Dienstes

Bei dem Werkstattgespräch „Zukunft des öffentlichen Dienstes – Offensive für Attraktivität und Modernität“ der FDP-Landtagsfraktion haben sich rund 100 Teilnehmer darüber ausgetauscht, wie man den öffentlichen Dienst zukunftsfähig ausgestalten kann. Denn täglich sorgen Frauen und Männer als Polizisten, Richter, Finanzbeamte oder Lehrer für mehr Chancen, Gerechtigkeit und Sicherheit in unserer Gesellschaft.

„Die Menschen im öffentlichen Dienst verdienen mehr Wertschätzung“, betonte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und personalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ralf Witzel. Er stellte sich klar gegen Gewalt im Dienst: „Angriffe auf die Bediensteten sind ein Angriff auf uns alle.“

Die Experten Roland Staude, Landesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes NRW,



Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis, Lehrstuhl für Staats- und Beamtenrecht der FHöV, und Moritz Pelzer, Landesvorsitzender der Deutschen Beamtenbundjugend NRW, haben spannende Sichtweisen zu Herausforderungen und möglichen Perspektiven geliefert. Gerade der Fachkräftemangel zog sich wie ein roter Faden

durch die Veranstaltung und lag vielen Gästen am Herzen. Dabei wurden konkrete Lösungsmöglichkeiten und spannende Ideen präsentiert, qualifizierte und motivierte Einsteiger zu gewinnen: Lebensarbeitszeitkonten, mehr Präsenz auf Social Media, attraktive Karrieremöglichkeiten oder ein modernes Gesundheitsmanagement.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ralph Bombis, erklärt: „Es ist ein Wert an sich, dass wir einen starken und verlässlichen öffentlichen Dienst im Land haben. Das ist ein echter Standort- und Wirtschaftsfaktor.“



## 100 Prozent Erneuerbarer Strom ist machbar – NRW nutzt Potenzial nicht

Wo stehen die NRW-Kommunen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien? Das wollten wir von der Landesregierung wissen und haben im Sommer 2019 eine Große Anfrage dazu gestellt.

Damit wollen wir aufzeigen, welche Ziele sich die Städte und Gemeinden in NRW bei der Nutzung ihrer Erneuerbaren-Energien-Potenziale gesetzt haben, welche Maßnahmen zur Erreichung dieser sie ergreifen und wie die Landesregierung sie dabei unterstützt. Diese Informationen geben einen Überblick über den Stand der Nutzung der Erneuerbaren und sind wichtig zur Steuerung der Energiewende in unserem Land.

Nun ist die Antwort da und sie zeigt, dass von den Potenzi-



alen im Stromsektor zum Ende des vergangenen Jahres erst 12,5 Prozent genutzt wurden, dabei könnte NRW seinen Strombedarf alleine aus Windkraft und Photovoltaik (PV) auf Dachflächen zu 100 Prozent decken. Mit Biomasse und Freiflächen-PV läge man weit darüber. Bei der Nutzung der klimaneutralen Wärmepotenziale sind es nicht einmal 7 Prozent, die erreicht werden. Auch hier könnte eine vollständige Deckung aus den vorhandenen Potenzialen erreicht werden.

Unabhängig von den veröffentlichten Daten sind die Antworten der Landesregierung in weiten Teilen ein Offenbarungseid. Gefragt nach bisherigen und geplanten Un-

terstützungsleistungen und Aktivitäten, kann Minister Pinkwart kaum neue Initiativen nennen, die Wind, Sonne und Co. in NRW besser unterstützen würden. Außerdem bleiben leider viele Fragen unbeantwortet. Durch diese lückenhafte Datenverfügbarkeit offenbart sich ein insgesamt mangelhaftes Monitoring der Energiewende. Wenn die Landesregierung die Umsetzung der Energiewende ernsthaft verfolgen will, muss sie hier dringend nachbessern. Doch stattdessen lässt sie die Kommunen mit der Jahrhundertaufgabe Energiewende weitgehend im Stich.



## Der Souverän und seine Vertreter

Die Abgeordneten im Landtag NRW sind Vertreter der gesamten Bevölkerung des Landes, des sog. „Souveräns“, der ihnen ein befristetes Mandat zur Wahrung seiner Interessen gegeben hat. Als Mandatsträger sind sie per Definition weder an Aufträge noch an Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Das ist gut und richtig und als einer der Grundpfeiler unserer Demokratie uneingeschränkt zu verteidigen. Es funktioniert allerdings nur so lange, wie die Abgeordneten auch tatsächlich ausschließlich ihrem Gewissen folgen und nicht etwa z. B. der Fraktions- oder Parteidisziplin oder persönlichen Interessen. Zu den Gründungszielen der AfD gehörte deshalb u. a. eine Rückbesinnung auf diese Ideale, verbunden mit der Forderung, dass sich auch Politiker für ihre Entscheidungen verantworten müssen, erforderlichenfalls auch

vorzeitig abgewählt werden können. Wenn Demokratie nur alle fünf Jahre stattfinden kann, ist das zu wenig: Direkte Demokratie, die den Bürgern ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen einräumt, tut not.

Deshalb hat die AfD-Fraktion einen Gesetzentwurf „Zur Stärkung der direkten Demokratie“ eingebracht, der u. a. die Möglichkeit einer Parlamentsauflösung mit anschließenden Neuwahlen vorsieht. Was wiederum für Panik unter manchen der altgedienten Politiker sorgte. In einer Expertenanhörung unterstützte der bekannte Staatsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau unseren Gesetzentwurf jedoch ausdrücklich. Was soll schädlich sein an einer Kontrolle, was ist falsch an einem Mitspracherecht der Bürger? Wenn sich Politiker, ganz besonders die Mitglieder eines Landtags,

offen und sehr vehement gegen mögliche Konsequenzen ihres Handelns aussprechen, sollte man hellhörig werden. Jeder Mitarbeiter eines Betriebs muss sich gegenüber seinen Vorgesetzten verantworten – warum nicht der Abgeordnete eines Parlaments gegenüber seinem Souverän? Wir jedenfalls treten weiterhin ein für eine echte, für eine wahrhaftige, für eine gelebte Demokratie. Für eine Demokratie, die ihren Namen wirklich verdient und nicht nur Kampfbegriff zur Durchsetzung parteipolitischer Interessen ist.



# 2019 – Das Jahr

**Januar** Die Sorge vor einem „harten Brexit“ wächst. In einer Aktuellen Stunde diskutieren die Abgeordneten über mögliche Folgen eines unregelmäßigen Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union für Nordrhein-Westfalen. Das Thema „Zweckentfremdung von Wohnraum“ steht im Mittelpunkt einer Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen. Hintergrund ist die Vermietung von Ferienwohnungen durch Online-Plattformen wie „Airbnb“.

**Februar** Der Landtag debattiert in einer Aktuellen Stunde über die Zukunft des Rheinischen Braunkohlereviere. Zuvor hat Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) in einer Unterrichtung die Haltung der Landesregierung zum geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung und den Strukturwandel im Rheinischen Revier erläutert. Der zunehmende Antisemitismus in Deutschland ist Thema eines Parlamentsgesprächs, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, eingeladen hat. In einer Sondersitzung befasst sich der Innenausschuss mit dem jahrelangen sexuellen Missbrauch von Kindern auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe).

**März** Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen beschließt der Landtag einen fraktionsübergreifenden Aufruf zur Europawahl am 26. Mai. Das Landesparlament erinnert am 8. März, dem Internationalen Frauentag, an die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren. Sachverständige äußern sich in einer Anhörung des Verkehrsausschusses zu nächtlichen Starts und Landungen auf dem Düsseldorfer Flughafen. Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck ist einer der Teilnehmer des Parlamentsgesprächs über den Wert der Demokratie.

**April** Die Landesregierung stellt in einer Unterrichtung ihre „Strategie für das digitale Nordrhein-Westfalen“ vor. Eine kontroverse Debatte schließt sich an. In einer Aktuellen Stunde diskutieren die Abgeordneten über den Mangel an Wohnraum. In einer Feierstunde erinnert der Landtag an die Aufnahme von Artikel 41a in die Landesverfassung vor 50 Jahren. Damit erhielt der Petitionsausschuss als „Kummerkasten“ des Landtags deutlich mehr Rechte.

**Mai** In Aktuellen Stunden geht es um die Steuerschätzung fürs laufende und kommende

Jahr sowie um kriminelle Clans. Die Landesregierung unterrichtet das Parlament über den Strukturwandel in den Kohleregionen. Mit einer Ausstellung im Landtag erinnern Jugendliche an die Bombardierung der Mönchetalperre gegen Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Flutwelle riss rund 1.500 Menschen, darunter etwa 700 Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangene, in den Tod. Beim Parlamentsgespräch „70 Jahre Grundgesetz – In welcher Verfassung ist unsere Demokratie?“ ist u. a. der frühere Bundespräsident Christian Wulff zu Gast.

**Juni** Der Landtag beschließt die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Missbrauchsfällen von Lügde. Das Landesparlament debattiert über die Proteste von „Fridays for Future“, außerdem über den Kampf gegen Rechtsextremismus. Anlass ist der Mord an dem hessischen CDU-Politiker Dr. Walter Lübcke. Die Landesregierung stellt ihre Initiative „Endlich ein Zuhause“ gegen Wohnungslosigkeit vor. Die Opposition kritisiert die geplanten Maßnahmen als unzureichend. In einer gemeinsamen Anhörung des Ausschusses für Kommunales, Bauen und Wohnen sowie



# im Rückblick

des Verkehrsausschusses beziehen Sachverständige Stellung zum Thema „Straßenausbaubeiträge“. In einer weiteren Anhörung, zu der Vertreterinnen und Vertreter von fast 40 Verbänden und staatlichen Stellen eingeladen sind, steht der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch im Mittelpunkt.

**Juli** Die Landesregierung informiert über ihre Strategie zur künftigen Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen. Es folgt eine kontroverse Debatte. Die von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) geplante CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist Thema einer Aktuellen Stunde. 199 Jugendliche nehmen beim 10. Jugend-Landtag die Plätze der „echten“ Abgeordneten ein. Drei Tage lang lernen sie die Arbeit im Parlament kennen.

**August** Der Präsident des Landtags, André Kuper, und Vizepräsidentin Carina Gödecke verabschieden die türkische Generalkonsulin Şule Gürel im Landtag. Gürel leitete seit Oktober 2015 das Generalkonsulat in Düsseldorf und kehrt Ende August 2019 nach Ankara zurück.

**September** Die Haushaltsberatungen beginnen mit einem Schlagabtausch von Regierung und Opposition zum Etat 2020. In Aktuellen Stunden geht es um Projektvorschläge der Ruhrkonferenz und die Hintergründe der Räumung des Hambacher Forsts. Die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher aus New York spricht im Landtag mit Jugendlichen über den Nazi-Terror. Rund 3.000 Besucherinnen und Besucher lernen den Landtag bei der „Parlamentsnacht“ zu ungewohnter Stunde kennen.

**Oktober** Bürgerwehähnliche Gruppierungen und der Wohnraum für Studierende stehen im Mittelpunkt von Aktuellen Stunden. Ein „Parlamentsgespräch“ widmet sich dem Thema „Meinungsumfragen“. Landtagspräsident André Kuper besucht mit den Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie Vizepräsident Oliver Keymis das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Zum Gedenken an die Opfer der Shoah legen sie einen Kranz nieder.

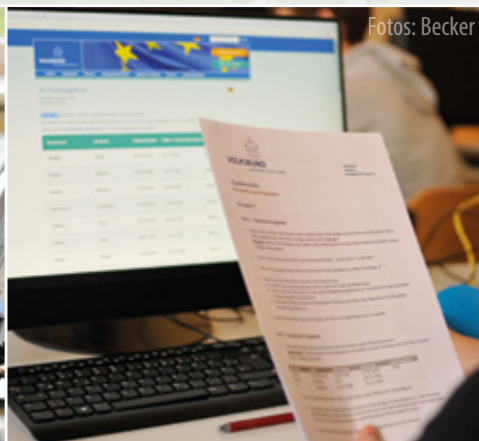
**November** Der Landtag beschließt auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen die Einrichtung einer Kinderschutzkommission. Aktuelle Stunden zum Klimaschutz, zu Lehrkräften an Grundschulen sowie zur Clankriminalität und zu Aussagen von Justizminister Peter Biesenbach (CDU) im Untersuchungsausschuss „Hacker-Angriff/Stabsstelle“ stehen ebenfalls auf den Tagesordnungen der November-Plenartage. Das Kinderbildungsgesetz wird verabschiedet.

**Dezember** Der Landtag verabschiedet den Haushalt 2020. Er hat ein Volumen von rund 80 Milliarden Euro. Beschlossen werden zudem Änderungen bei den Straßenausbaubeiträgen. Die Einigung beim Klimaschutzpaket des Bundes ist Thema einer Aktuellen Stunde. In einer Anhörung äußern sich Sachverständige zum Thema „Künstliche Intelligenz“. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge feiert im Landtag sein 100-jähriges Bestehen. *zab*



# Auf der Suche nach der letzten

Vor 100 Jahren wurde der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gegründet, um Gräber für im Ausland gestorbene Soldaten zu errichten und zu pflegen. Heute ist der Verein auch im Inland aktiv und unterstützt unter anderem die Bildungsarbeit an Schulen. Ein Ortsbesuch in Moers.



Fotos: Becker

Sie haben zunächst nicht mehr als einen Namen. An einem Vormittag im November sitzen Zehntklässler im Computerraum der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Moers. In eine Online-Datenbank geben sie den Namen des Mannes ein, der ihr Urgroßvater hätte sein können: Gotthard Förster. Wer mag das sein?

Aus der Datenbank erfahren die Jugendlichen, dass der ehemalige Soldat auf einer Kriegsgräberstätte in Moers ruht. Genauer: auf dem Friedhof Klever Straße, Grab 72, nur drei Kilometer von der Schule entfernt. Kurz darauf recherchieren die Jugendlichen über russische Zwangsarbeiter, die ebenfalls in Moers begraben liegen. Und je mehr sie über die Verstorbenen erfahren, desto näher rücken die Geschehnisse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkriegs.

Ein Gefühl der Beklommenheit macht sich breit. Namen bekommen Gesichter, wie das von Gotthard Förster: Der Wehrmachtssoldat wurde zweimal in Russland verwundet, in Afrika

geriet er in Kriegsgefangenschaft; 1947 wurde er entlassen. Im gleichen Jahr starb er in einem Moerser Krankenhaus mit nur 28 Jahren an seinen Kriegsverletzungen, wie aus einem Brief hervorgeht, den die Schülerinnen und Schüler lesen.

„Dass wir in Archiven so umfangreiche Informationen über einen Kriegstoten haben, ist ein Ausnahmefall“, sagt Jana Moers, Bildungsreferentin des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Sie ist heute zu Besuch in der Schule, um mit den Zehntklässlern über Lehren aus zwei Weltkriegen nachzudenken. Eingebettet ist der Workshop in einen Projekttag zum Thema „Aufstehen gegen das Vergessen“, zu dem die Jugendlichen ein Theaterstück über die Deportation von Juden aufführen und auch eine Holocaust-Überlebende geladen war.

„Aber warum ist es überhaupt wichtig, an Krieg und Verfolgung zu erinnern?“, fragt die Referentin, als alle im Stuhlkreis beisammensitzen. „Damit man die Geschichte nicht vergisst“,

meint eine Schülerin, als wäre das ganz selbstverständlich. Eine andere sagt: „Damit so etwas nicht noch einmal passiert.“ Diese Ziele hat sich auch der Volksbund gesetzt: Der Verein betreut 833 Kriegsgräberstätten in 46 Staaten, auf denen etwa 2,7 Millionen Kriegstote begraben liegen. Rund 9.000 ehrenamtliche und 562 hauptamtliche Mitarbeitende kümmern sich um diese Aufgabe, die auf „das öffentliche Erinnern, Gedenken und Mahnen für den Frieden“ sowie die „Versöhnung über den Gräbern“ zielt, wie es im Leitbild des Volksbunds heißt.

## Russische Zwangsarbeiter

Bei Workshops in Schulen beginnen Referentinnen und Referenten des Volksbunds zunächst mit den Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben: den Menschenrechten. Ein demokratisch-freiheitlicher Staat wahre diese Rechte, im Nationalsozialismus seien sie allerdings mit Füßen getreten worden, sagt Jana Moers. Das zeige allein die hohe Zahl von Kriegstoten, zu denen nicht nur Soldaten gehören, sondern auch Zwangsarbeiter, Mitglieder des Widerstands, Verfolgte, Flüchtlinge und Vertriebene, Bombenopfer und KZ-Häftlinge. So ist es im deutschen Gräbergesetz definiert, das im Jahr 1952 verabschiedet wurde.

Nach wie vor kümmert sich der Volksbund darum, nach Kriegstoten zu suchen, sie zu bergen, zu identifizieren und für ein würdiges Begräbnis zu sorgen. Um die Gräber dauerhaft zu erhalten, wie es Kriegsgräberabkommen mit anderen Nationen vorsehen, müssen viele kleine Grabanlagen, besonders die des Zweiten Weltkriegs, aufgelöst und in zentrale Kriegsgräberstätten verlegt werden.

Für Angehörige sei es oft bedrückend, nicht zu wissen, wo und unter welchen Umständen ein Familienmitglied starb, erklärt Jana Moers. Die Unwissenheit werde häufig zum Ausgangspunkt, um Nachforschungen über die eigene



Figurengruppe „Trauerndes Elternpaar“ der Künstlerin Käthe Kollwitz auf dem Deutschen Soldatenfriedhof in Vladslo, Westflandern Foto: Schälte

# Ruhe

Familie anzustellen. Allein im vergangenen Jahr habe der Volksbund rund 27.500 Anfragen zu deutschen Kriegstoten beantwortet und 24.188 Verstorbene umgebettet, 12.961 von ihnen allein in Russland.

Beim Workshop beschäftigen sich die Jugendlichen aber nicht nur mit deutschen Kriegstoten, sondern auch mit russischen Zwangsarbeitern. Viele von ihnen seien während des Zweiten Weltkriegs in der ehemaligen Sowjetunion inhaftiert und nach Deutschland verschleppt worden, erzählt Jana Moers. In Moers gab es allein mehr als 20 mit Stacheldraht umzäunte Zwangsarbeitslager, in denen rund 19.000 Menschen aus der damaligen Sowjetunion untergebracht waren. In Zechen und Betrieben des Unternehmens Rheinpreußen, aber auch in der Landwirtschaft und im Gewerbe mussten sie schuften, meist unter menschenunwürdigen Bedingungen. Mindestens 550 russische Zwangsarbeiter starben bei Luftangriffen, an Entkräftung und Krankheiten, durch Selbstmord und Hinrichtung.

## „Ein mahnendes Vermächtnis“

Dokumentiert sind deren Namen im „OBD Memorial“ – eine Datenbank des russischen Verteidigungsministeriums, in der Informationen über sowjetische Kriegstote erfasst sind. Unter ihnen ist auch Nikita Bratishchenko, dessen Namen die Schülerinnen und Schüler im Computerraum in die Datenbank eingeben. Sie erfahren, dass der russische Soldat im Jahr 1942 in der Nähe des Schwarzen Meeres inhaftiert, nach Moers abtransportiert und in ein Zwangsarbeitslager gesperrt wurde. Nach nur zwei Jahren, im März 1944, starb er. Die Todesursache ist nicht verzeichnet.

Es sei bitter zu sehen, wie mit Menschen in der eigenen Stadt umgegangen wurde, sagt ein Schüler. Es hinterlasse bei ihm eine „Traurigkeit im Kopf“, aber auch Groll und Wut gegenüber



Sie sprachen bei der Feierstunde: Thomas Kutschaty, Vorsitzender des Landesverbandes NRW des Volksbunds (vorne/v.l.), Ministerpräsident Armin Laschet und Landtagspräsident André Kuper Foto: Meyer

## Feierstunde im Landtag

10. Dezember 2019 – „Gemeinsam für den Frieden“, unter diesem Thema hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Landtag sein 100-jähriges Bestehen gefeiert. Rund 400 Gäste kamen zur Feierstunde in den Plenarsaal.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, sprach bei der Feierstunde gemeinsam mit Ministerpräsident Armin Laschet und Thomas Kutschaty, Vorsitzender des Landesverbandes NRW des Volksbunds. Mit Vizepräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Oliver Keymis begrüßte Präsident Kuper die Gäste, darunter Vertreterinnen und Vertreter des Volksbunds, des Konsularischen Korps und aus Justiz und Bundeswehr sowie zahlreiche Abgeordnete.

Präsident Kuper würdigte die Friedensarbeit des

Volksbunds: „Der Friede kennt keine Garantie – er muss immer wieder neu errungen und erwirkt werden. Das braucht Engagement und das braucht auch Mut.“ Vielen Menschen habe der Volksbund die Trauer durch die Schaffung würdiger Ruhestätten überhaupt erst möglich gemacht. „Ich denke zum Beispiel an Besuche in Ysselsteyn in der Nachbarprovinz Limburg mit seinen unendlichen Gräberfeldern, mit Namen von abgebrochenem, zerstörtem Leben. Mehr als 31.000 Kriegstote haben hier ihre letzte Ruhestätte – Deutsche, aber auch Niederländer, Polen und Russen. Der Volksbund bewahrt und erhält Ysselsteyn seit 1976.“

Während der Feierstunde berichteten Mitglieder des Volksbunds aus ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Menschen, die so etwas zuließen. Und es sei richtig, dass sich der Volksbund nicht nur um die deutschen Kriegstoten kümmere, sondern auch an sowjetische Zwangsarbeiter erinnere. „Ich hoffe, dass die Toten ihre letzte Ruhe finden.“

Wenn die Zehntklässler in den kommenden Wochen die Gräber der Kriegstoten besuchen, werden sie auf dem Meerbecker Friedhof in Moers vor den sogenannten Russengräbern stehen. Mit Blick auf sowjetische Zwangsarbeiter ist da auf einem Mahnmal zu lesen: „Viele Deutsche sahen, verblendet von einer rassistischen Staatsideologie, diese Menschen als ‚Untermenschen‘ an (...) Euer Schicksal, das in Deutschland über Jahrzehnte totgeschwiegen wurde, ist uns ein mahnendes Vermächtnis.“ tob

## Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Der Volksbund widmet sich im Auftrag der Bundesregierung der Aufgabe, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen. Er betreut Angehörige in Fragen der Kriegsgräberfürsorge, unterstützt die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge und fördert die Bildung und Begegnung junger Menschen an den Ruhestätten der Toten. Auf der Internetseite [volksbund.de/graebersuche](http://volksbund.de/graebersuche) können sich Angehörige und Interessierte kostenlos informieren, ob Verstorbene vom Volksbund gefunden und auf eine Kriegsgräberstätte mit ewigem Ruherecht umgebettet wurden.

# Ein neues Porträt für die „Ahn

## Die weiteren Porträtierten in der Galerie

### **Ernst Gnoß (Amtszeit Okt. bis Dez. 1946)**

Der gebürtige Mülheimer, Jahrgang 1900, war der erste Präsident des NRW-Landtags und amtierte später als NRW-Wiederaufbauminister.

### **Dr. Dr. h.c. Robert Lehr (1946–1947)**

Der gebürtige Celler, Jahrgang 1883, war 1924 Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf und hielt von 1933 bis 1945 Verbindung zu Widerstandskreisen. Lehr war von 1950 bis 1953 Bundesminister des Innern.

### **Josef Gockeln (1947–1958)**

Gockeln, Jahrgang 1900, war neben seinem Amt als Präsident des Landtags NRW von 1947 bis 1956 Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf und von 1949 bis 1958 Mitglied des Bundestags.

### **Wilhelm Johnen (1959–1966)**

Johnen, 1902 in Inden im Kreis Jülich geboren, war von 1951 an Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland der CDU und von 1950 bis 1959 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

### **Josef Hermann Dufhues (April–Juli 1966)**

Dufhues, geboren 1908 in Castrop-Rauxel, war Mitbegründer der CDU und von 1958 bis 1962 Innenminister in NRW. Von 1962 bis 1966 war er Geschäftsführender Bundesvorsitzender der CDU.

### **John van Nes Ziegler (1966–1970 und 1980–1985)**

Der gebürtige Kölner, Jahrgang 1921, engagierte sich Ende der 1960er-Jahre für eine Parlamentsreform im NRW-Landtag. Von 1973 bis 1980 war er Oberbürgermeister der Stadt Köln.

### **Dr. Wilhelm Lenz (1970–1980)**

Lenz, geboren 1921 in Köln, war Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion von 1962 bis 1970. Zudem war er Mitglied des Bundesparteiausschusses der CDU von 1962 bis 1977.

### **Karl Josef Denzer (1985–1990)**

Der gebürtige Trierer, Jahrgang 1925, war von 1980 bis 1985 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Während seiner Amtszeit zog das Parlament vom Ständehaus ins Landtagsgebäude am Rhein.

### **Ingeborg Friebe (1990–1995)**

Mit Friebe stand erstmals eine Frau an der Spitze des Landtagspräsidiums. Die gebürtige Braunschweigerin, Jahrgang 1931, war von 1976 bis 1997 Bürgermeisterin der Stadt Monheim, wo sie heute lebt.

### **Ulrich Schmidt (1995–2005)**

Der Wittener, Jahrgang 1942, war von 1975 bis 2005 Mitglied des Landtags und von 1975 bis 1995 Bürgermeister der Stadt Wetter.

### **Eckhard Uhlenberg (2010-2012)**

Das Porträt von Eckhard Uhlenberg war im Dezember 2017 an den Landtag übergeben worden – nach Ausscheiden des CDU-Politikers aus dem Landesparlament. Der Landwirt aus Soest war 32 Jahre lang Mitglied des Landtags. Von 2005 bis 2010 gehörte er als Minister für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Landesregierung an.



# „Galerie“ des Landtags

17. Dezember 2019 – Die Gemäldegalerie des Landtags ist um ein Bild reicher: Mitte Dezember wurde das Porträt der früheren Landtagspräsidentin Regina van Dinther an das Parlament übergeben.

Es hängt nun neben den Porträts einer weiteren früheren Präsidentin und zehn früheren Präsidenten in der Wandelhalle des Parlaments. Das Gemälde war auf Wunsch von Dinthers von der in Lettland geborenen Künstlerin Tatjana Mihailova gefertigt worden.

## „Mit Leib und Seele, Herz und Verstand“

Bei der Feierstunde würdigte der Präsident des Landtags, André Kuper, die Verdienste von Dinthers für den Landtag. Er betonte: „Regina van Dinther war Landespolitikerin mit Leib und Seele, mit Kopf und Herz. Ihr ging es um die Menschen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere um die Familien, Frauen und Kinder. Als Landtagspräsidentin hat sie bleibende Akzente



Der Präsident des Landtags, André Kuper, (v. r.) nahm das Gemälde in Empfang. An der Feierstunde nahmen auch teil der frühere Bundespräsident Christian Wulff, die frühere Landtagspräsidentin Regina van Dinther, die Künstlerin Tatjana Mihailova, Landtags-Vizepräsidentin Carina Gödecke und Innenminister Herbert Reul. Fotos: Zanin



gesetzt, wie zum Beispiel den Jugendlandtag, den Weltkindertag oder den Närrischen Landtag.“

Regina van Dinther sagte: „In meiner politischen Zeit habe ich am meisten die Begegnung mit den unterschiedlichsten Menschen genossen. Aus den Erkenntnissen heraus habe ich mich um die Themen gekümmert, für die es noch keine große Lobby gab: Frauenrechte, Minderheitenrechte, Integrationsfragen. Der Landtag sollte ein offenes Haus sein, ein Treffpunkt, der vermittelt, was hier passiert und welche Einflussmöglichkeiten jeder und jede hat. Heute zeige ich die Möglichkeiten eines guten Miteinanders in meiner ehrenamtlichen Aufgabe als Präsidentin des Chorverbandes NRW, Musik verbindet die Menschen.“

Die Laudatio auf die frühere Landtagspräsidentin hielt Innenminister

Herbert Reul (CDU). Die Feierstunde wurde musikalisch begleitet u. a. durch den Landesjugendchor NRW und den Deutsch-Türkisch-Internationalen Chor „Brückenklang“ des Chorverbands NRW. Regina van Dinther ist seit mehreren Jahren Präsidentin des Chorverbands Nordrhein-Westfalen. Als Ehrengast nahm der Präsident des Deutschen Chorverbands und frühere Bundespräsident Christian Wulff an der Feierstunde teil.

Die heute 61-jährige CDU-Politikerin Regina van Dinther hatte dem Landtag 26 Jahre angehört, von 1990 bis 2010 und von 2011 bis 2017. Von Juni 2005 bis Juni 2010 war sie Präsidentin des Landesparlaments.

Die Porträts der früheren Präsidentinnen und Präsidenten werden traditionell erst nach deren Ausscheiden aus dem Parlament in die Galerie aufgenommen. Derzeit fehlt noch das Porträt der früheren Landtagspräsidentin Carina Gödecke (2012-2017), die dem Landtag weiter angehört und als Vizepräsidentin Mitglied des Präsidiums ist.

red

# Ein Jahr in Bildern – Landtag

9. Dezember 2019 – 247 Nachrichtenbilder wurden beim diesjährigen Wettbewerb eingereicht. Den ersten Platz belegte ein Foto von der Feier des jüdischen Karnevalsvereins „Kölsche Kippa Köpp“ in einer Synagoge in Köln. Alle Siegerbilder sind noch bis Mitte Januar im Landtag zu sehen.

Das Siegerbild von Thilo Schmülgen, Fotograf der Nachrichtenagentur Reuters, zeigt das Nebeneinander von Kippas und Karnevalskappen, von Judentum und Brauchtum. 62 Fotografinnen und Fotografen aus Nordrhein-Westfalen hatten sich am zweiten Wettbewerb „Pressefoto des Jahres“ des Landtags beteiligt, darunter waren 37 Fotos von elf Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Nachwuchspreises (bis 30 Jahre).

Den Wettbewerb hatte der Landtag Nordrhein-Westfalen auf Initiative von Parlamentspräsident André Kuper im vergangenen Jahr zum ersten Mal ausgeschrieben. Mit Unterstützung der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West wurden in diesem Jahr Preisgelder in Höhe von insgesamt 22.000 Euro vergeben.

Eine vom Landtag benannte Jury wählte ein Foto von David Klammer (Laif – Agentur für Photos und Reportagen) auf den zweiten Platz, das bei „Ende Gelände“-Protesten im Tagebau Garzweiler entstanden war.

## Erstmals Sonderpreis vergeben

Auf Platz drei kam ein Bild von Christoph Reichwein („Rheinische Post“), das eine Razzia der Polizei gegen die Mafia in Duisburg zeigt. Träger des Nachwuchspreises ist Marcel Kusch (Deutsche Presseagentur/dpa), der im Bild festhielt, wie Feuerwehrleute in Dortmund ein Schaf von einer nach Starkregen überfluteten Wiese retteten. Erstmals vergab der Landtag

den Sonderpreis „Jugend und Demokratie“. Ihn erhielt die Fotografin Kerstin Kokoska (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) für ein Foto einer „Fridays for Future“-Demonstration in Essen.

Bis 16. Januar 2020 zeigt eine Ausstellung in der Bürgerhalle des Landtags die fünf prämierten Fotos sowie weitere 33 Bilder, die die Jury aus den insgesamt 247 Wettbewerbsbeiträgen ausgewählt hat. Die Ausstellung kann täglich besucht werden nach Anmeldung unter [veranstaltungen@landtag.nrw.de](mailto:veranstaltungen@landtag.nrw.de) oder (0211) 884-2129 bzw. -2330. Außerdem können Interessierte sie am offenen Besucherwochenende des 11./12. Januars 2020 von 11 bis 17 Uhr ohne Anmeldung besichtigen.

red



# kürt „Pressefotos 2019“



Landtagspräsident André Kuper (M.) und Vizepräsidentin Carina Gödecke (l.) mit den Siegern Thilo Schmulgen (o. l.), David Klammer (o. r.), Christoph Reichwein (u. v. l.), Kerstin Kokoska und Marcel Kusch.  
Fotos: Schäffe

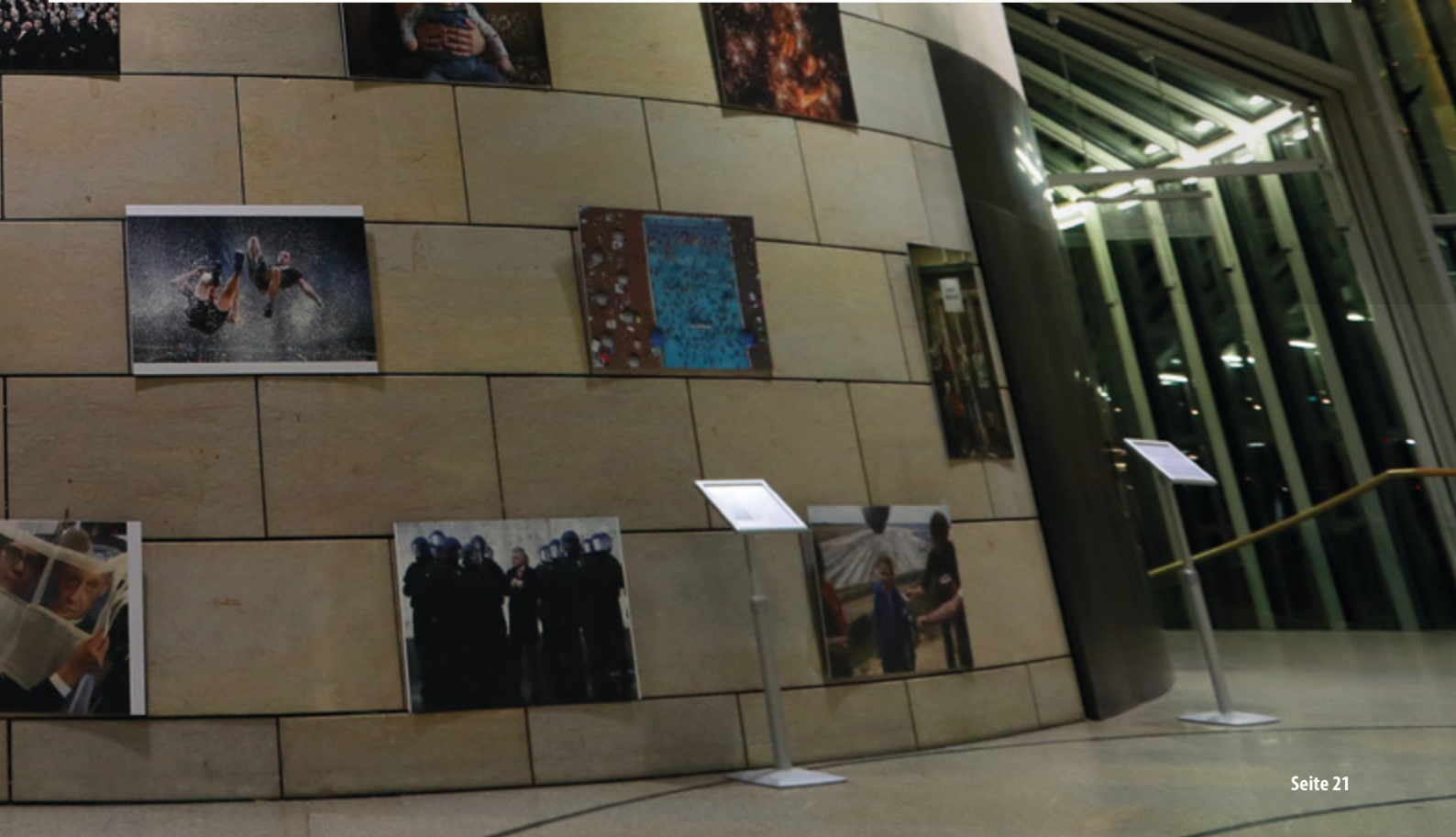




Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Suizidprävention

11.12.2019 – Die Landesregierung will in Gefängnissen eine spezielle Videoüberwachung testen, um Selbsttötungen zu verhindern. Im September 2019 sei das Forschungsprojekt „Ereignisgesteuerte Videoüberwachung mit automatisierter Situationseinschätzung als Instrument der Suizidverhinderung in Justizvollzugsanstalten“ gestartet worden, heißt es in einem Bericht für den Rechtsausschuss ([Vorlage 17/2727](#)). Das System solle Bewegungsmuster erkennen, die auf ein Suizidvorhaben hindeuten, und dann Alarm schlagen. Relevante Merkmale seien zum Beispiel Bewegungen wie bei einem Strangulationsversuch. Nach der Entwicklung folge eine Testphase, so die Landesregierung. Erweise sich das System als hilfreich, sollen in einem Pilotprojekt in einer Justizvollzugsanstalt suizidgefährdete Gefangene mit Videokameras überwacht werden. Bereits jetzt werde mit jedem Gefangenen unmittelbar nach der Inhaftierung ein Zugangsgespräch geführt, um durch ein „Screening“ eine mögliche Gefährdung zu erkennen und die entsprechende Betreuung einzuleiten. In zunächst zwölf Justizvollzugsanstalten seien zudem Psychologen als Suizidpräventionsbeauftragte eingesetzt worden. Ein weiterer Baustein des Konzepts sei die Einführung von „Folgescreenings“ während des ersten Haftjahres.

## Nationaler Bildungsrat

11.12.2019 – Der Ausschuss für Schule und Bildung hat sich mit Positionen der Landesregierung zum Nationalen Bildungsrat befasst. Grundlage war ein Bericht der Landesregierung ([17/2816](#)), den die SPD-Fraktion beantragt hatte, nachdem Bayern und Baden-Württemberg aus den Verhandlungen zum Nationalen Bildungsrat ausgestiegen waren. Mit dem Nationalen Bildungsrat habe der Bund „weitreichendere Mitwirkungsmöglichkeiten in der Bildungspo-

litik der Länder für sich beanspruchen wollen“. Daher sehe „auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens die Einrichtung eines solchen Gremiums als nicht zustimmungsfähig“ an, heißt es im Bericht. Die Landesregierung unterstütze dennoch „nachdrücklich das Ziel, zwischen den 16 Ländern eine verbindliche vertragliche Vereinbarung über mehr Qualität, Vergleichbarkeit und Transparenz im bundesweiten Schul- und Bildungswesen“ auszuhandeln. Dies könne beispielsweise in einem Staatsvertrag zwischen den Bundesländern geregelt werden, ergänzte Schulministerin [Yvonne Gebauer](#) (FDP) im Ausschuss. Angedacht sei die Gründung eines wissenschaftlichen Bildungsrats, der die genannten Ziele länderübergreifend verfolge. [Jochen Ott](#) (SPD) sagte, dass, „nationale Verabredungen“ dringend notwendig seien, um die „Kleinstaaterei“ der föderalen Bildungslandschaft zu beenden. Es sei „traurig“, dass die NRW-Landesregierung ein klares Bekenntnis zum Nationalen Bildungsrat habe vermissen lassen. [Frank Rock](#) (CDU) unterstützte den Vorschlag, die Vergleichbarkeit schulischer Standards zwischen den Bundesländern in einem Staatsvertrag festzuschreiben, um eine Alternative zum gescheiterten Nationalen Bildungsrat zu schaffen. [Sigrid Beer](#) (Grüne) entgegnete, die gescheiterten Verhandlungen bedeuteten einen „Vertrauensverlust“; es brauche mehr als „Fensterreden“, um einen Staatsvertrag umzusetzen. [Helmut Seifen](#) (AfD) bemerkte, dass die unzureichende Schulpolitik in rot-grün geführten Bundesländern womöglich der Grund dafür sei, dass Bayern und Baden-Württemberg aus den Verhandlungen zum Nationalen Bildungsrat ausgestiegen seien.

## Schuldnerberatung

11.12.2019 – In einer gemeinsamen Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie des

Rechtsausschusses haben sich Sachverständige zum Antrag „Recht auf Schuldnerberatung garantieren – Beratungsstrukturen optimieren“ ([17/6259](#)) der Fraktionen von SPD und Grünen geäußert. In Nordrhein-Westfalen liege die Überschuldungsquote über dem Bundesdurchschnitt, schreiben die Fraktionen in ihrem Antrag. In NRW seien 1,74 Millionen Menschen von Überschuldung betroffen. Die Großstädte Duisburg, Essen, Wuppertal und Dortmund wiesen bundesweit die höchsten Quoten auf. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, „eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die für alle Ratsuchenden einen kostenlosen Zugang zur Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung ermöglicht“.

## Konstituierende Sitzung

18.12.2019 – Die „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“ hat sich konstituiert. Der Landtag hatte die Einrichtung der Kinderschutzkommission im November auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen einstimmig beschlossen. Sie wurde als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend eingesetzt. „Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass alles getan werden muss, um dem Thema Kinderschutz einen herausragend hohen Stellenwert zu geben – gesellschaftlich, politisch und parlamentarisch“, hieß es in dem Antrag ([17/7756](#)), der auch auf die Missbrauchsfälle auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe) einging. Aufgabe der Kommission sei die Wahrnehmung der Belange von Kindern und Jugendlichen. In der konstituierenden Sitzung wurde über die weitere Arbeit der Kommission und über Sitzungstermine gesprochen. Das Gremium solle in der Regel nicht-öffentlich tagen, teilte Vorsitzende Britta Altenkamp mit. Die Kinderschutzkommission hat 13 Mitglieder (CDU 5, SPD 4, FDP 2, Grüne und AfD jeweils 1).

## Porträt: Berivan Aymaz (Grüne)



„Von einem Tag auf den anderen waren wir papierlos, ohne Pässe.“ Wer wissen will, warum Berivan Aymaz Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion für Integrationspolitik, Flüchtlingspolitik und Internationales ist, muss auf ihre Biografie schauen. 1972 in Bingöl, einer kurdischen Provinz in der Türkei, geboren, kam sie sechs Jahre später mit Mutter und Bruder nach Deutschland. Ihr Vater, zuvor Bürgermeister ihrer Geburtsstadt, war wenige Monate vorher Kulturattaché der türkischen Botschaft in Bonn geworden. Kurz vor dem Militärputsch 1980 kam es zu einem Regierungswechsel in der Türkei. Wegen seiner kurdischen Herkunft wurde Aymaz' Vater daraufhin abberufen, weigerte sich aber, in die Türkei zurückzukehren.

„Er wusste, was ihm drohte“, erzählt die Kölnerin Aymaz in ihrem Landtagsbüro. In der Türkei seien Onkel und Tanten verhaftet, manche auch gefoltert worden. In Deutschland zog das türkische Militärregime die Pässe der Familie ein. Der Kulturattaché versuchte, die Familie als Gemüsehändler über Wasser zu halten. Den Aufenthaltsstatus sicherte dann der ursprüngliche Beruf – vor seiner politischen Karriere hatte Aymaz' Vater als Lehrer gearbeitet. „Vor allem Gewerkschafter haben sehr um eine Bleibeperspektive für uns gekämpft“, sagt die 47-Jährige. Die Familie zog nach Paderborn, später dann nach Köln.

Noch heute bewundere sie ihre Eltern für den Umgang mit Statusverlust und Unsicherheit, sagt Aymaz: „Ich habe die großartige Erfahrung gemacht, dass sie ohne Angst und Trauer zu ihrer politischen Überzeugung gestanden und Haltung gezeigt haben.“

Schnell politisch engagiert hat sich auch Berivan Aymaz. Am Kölner Kaiserin-Theophanugymnasium war sie Schülersprecherin. 1991 organisierte sie Schülerproteste gegen den von den USA angeführten zweiten Golfkrieg mit. Kurz vor dem Abitur aber wollte sie auf die Willy-Brandt-Gesamtschule: „Gymnasium – das war für mich peinlich und spießig. Ich musste auf eine Gesamtschule“, erzählt sie lachend.

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Berivan Aymaz (Grüne). Die 47-jährige Kölnerin kam mit 6 Jahren als Diplomantentochter aus der Türkei nach Deutschland – und verlor nach dem Putsch des Militärs ihren Pass. Aymaz hat Jura und Politikwissenschaft studiert und lange als Übersetzerin und Moderatorin gearbeitet.

Mit dem Abitur in der Tasche studierte Aymaz dann Rechtswissenschaften in Köln und Politikwissenschaften an der Universität (und ehemaligen Gesamthochschule) Duisburg-Essen. Beruflich war sie als Übersetzerin und Moderatorin tätig. Gleichzeitig engagierte sie sich im Kölner Menschenrechtsverein Tüday, der besonders die Türkei im Blick hat. 1993 war sie Mitgründerin des Dachverbands der deutsch-kurdischen Vereine, der Kurdischen Gemeinde Deutschland, – und bis 2003 deren Generalsekretärin. Außerdem arbeitete sie in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände und beim Zentrum für Kurdische Studien in Bonn.

Bei den Grünen ist Berivan Aymaz seit 2009. „Das war eine ganz bewusste Entscheidung“, sagt sie: „Ich war nie eine Karteileiche.“ 2012 gründete sie die Säkularen Grünen NRW mit. Denn vorschnell sei, von ihrer Herkunft auf ihren Glauben zu schließen: „Ich selber gehöre keiner Religionsgruppe an“, sagt Aymaz: „Die Religionsfreiheit ist für mich aber ein hohes Gut.“

Belohnt wurde das Engagement der gut vernetzten Aktivistin auch bei den Grünen. 2013 war Aymaz Bundestags-Direktkandidatin, 2014 zog sie in den Rat der Stadt Köln ein. „Köln: Das ist meine Heimat“, sagt sie – und schwärmt von der „Lebensqualität“, der „Leichtigkeit im Alltag“, mit der die „nicht-anonyme Großstadt“ Menschen zusammenbringe.

2017 gelang der Kölnerin der Sprung in den Düsseldorfer Landtag. Dort blickt sie kritisch auf die Politik des FDP-Integrationsministers Dr. Joachim Stamp. Der setze gegenüber Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten auf „Zuckerbrot und Peitsche“, klagt die Integrationspolitikerin nicht nur in ihrer Halbzeitbilanz: NRW zwingt nicht wenige Asylsuchende, bis zu zwei Jahre isoliert in Landesunterkünften zu leben. Andererseits verspreche die Landesregierung langjährig Geduldeten ein Bleiberecht. „Verunsicherung“ sei das Ergebnis.

Was fehle, sei die Einsicht, dass Deutschland und besonders Nordrhein-Westfalen längst Einwanderungsland sei – und bleiben werde, findet die Grüne. Um diese Migration zum Erfolg zu machen, bräuchten Einwanderinnen und Einwanderer sichere Perspektiven, mahnt die Landtagsabgeordnete, deren Aufenthaltsstatus einst selbst unsicher war – und fordert men-

schenwürdige Unterbringung, schnellen Zugang zur deutschen Sprache, gute Bildungsangebote. „Mein Traum ist eine Gesellschaft, in der Menschen nicht mehr über ihre Herkunft definiert werden“, sagt Aymaz, „sondern über die Werte, die uns hier alle zusammenhalten.“ Welche das sind? „Demokratie, Menschenrechte, die Gleichstellung von Mann und Frau, Minderheitenrechte.“

*Andreas Wyputta*

### Zur Person

Berivan Aymaz wurde in Bingöl (Türkei) geboren. Die 47-jährige Grünen-Politikerin lebt in Köln und ist seit 1. Juni 2017 Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags. Sie ist ordentliches Mitglied im Innen-, Petitions- und Integrationsausschuss, wo sie auch Sprecherin ihrer Fraktion ist.

### Nachgefragt

#### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Es gibt viele Bücher, die mich faszinieren und in den unterschiedlichen Lebensabschnitten begleiten. Eine besondere Lektüre ist aber für mich Orlando, eine Biografie von Virginia Woolf. Ein Ritt durch vier Jahrhunderte und verschiedene Lebensentwürfe, eine großartige Parodie auf Raum und Zeit sowie über fließende Geschlechtergrenzen. Themen, die auch heute noch so gegenwärtig sind.

#### Welche Musik hören Sie gerne?

Musik ist grenzenlos. So grenzenlos ist auch die Bandbreite der Musik, die ich gerne höre. Das kann von Jazz über Pop bis hin zu Folk divergieren. Kurdische Musik ist dabei für mich aber immer unverzichtbar. Daneben berührt mich auch persische Musik.

#### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Einen erfrischenden Joghurt. Der passt einfach zu (fast) allem.

#### Ihr liebstes Reiseziel?

Es muss nicht weit weg sein. Europa ist für mich immer noch faszinierend. Es ist mir vertraut und es bleibt doch noch so viel zu entdecken.

## Kurz notiert

### Erweiterungsbau

Landtag, Landesregierung und Landeshauptstadt Düsseldorf haben am 9. Dezember 2019 die nächsten Schritte für einen Erweiterungsbau des Parlaments und die Vollendung des Bilker Bürgerparks vereinbart. Dazu gehört, einen Übergang von der Rheinuferpromenade zum Medienhafen zu schaffen. Der Präsident des Landtags, André Kuper, Finanzminister Lutz Lienenkämper und Oberbürgermeister Thomas Geisel unterzeichneten eine entsprechende Rahmenvereinbarung. Darin ist als weiteres gemeinsames Ziel festgehalten, die Voraussetzungen zu schaffen, um das Parkhaus an der Moselstraße entfernen zu können und dort eine Grünfläche zu entwickeln. Vereinbart wurde ein europaweiter zweistufiger Architekten- und landschaftsplanerischer Wettbewerb. Für Mittwoch, 15. Januar 2020, 18.30 Uhr, ist eine Informationsveranstaltung im Landtag geplant, bei der das Verfahren und die Aufgabenstellung des Wettbewerbs der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Nach Abschluss des Wettbewerbs werden voraussichtlich im November die eingereichten Vorschläge öffentlich ausgestellt. Voraussichtlicher Baubeginn ist Ende 2021.

### Israel-Projekttag

Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen haben sich am 9. Dezember 2019 in Diskussionen und Workshops mit dem gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Leben in Israel befasst. „Israel – anders kennenlernen“ war der Titel des Projekttags, zu dem Landtagspräsident André Kuper die rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Plenarsaal begrüßte. Kuper sagte, Projekttag wie dieser seien „eine gute Grundlage, die Freundschaft zwischen unseren Ländern lebendig zu erhalten und zu intensivieren“. Der Tag wurde von der israelischen Botschaft in Kooperation mit der Landesregierung, dem Landtag und der Auslandsgesellschaft organisiert. Ministerpräsident Armin Laschet und der israelische Botschafter Jeremy Issacharoff waren Schirmherren der Veranstaltung. Video zum Projekttag: [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

### Gestorben

25.11. Richard Kasper (SPD/87)  
MdL 1966 – 1980

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 28. Januar 2020. Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe Festtage und ein gutes neues Jahr.

## Grüße zum neuen Jahr

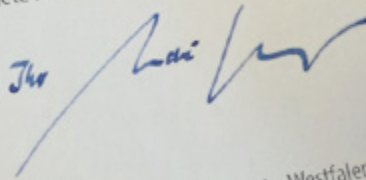
### Liebe Bürgerinnen und Bürger

ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Die sogenannten „stillen“ Tage nach Weihnachten und der Jahreswechsel sind gute Anlässe, die Hektik des Alltags hinter sich zu lassen und Zeit mit den Menschen zu verbringen, die uns am Herzen liegen; aber auch, um auf das zu Ende gehende Jahr zurückzuschauen und einen Blick auf das kommende Jahr zu wagen.

Wir in Nordrhein-Westfalen können uns auf ein ganz besonderes Jubiläum freuen: 2020 feiern wir den 70. Jahrestag unserer Landesverfassung. Sie ist am 6. Juni 1950 vom Landtag verabschiedet und am 18. Juni 1950 in einer Volksentscheidung angenommen worden. Das Landesparlament wird dieses Jubiläum am 18. Juni 2020 mit einem großen Festakt begehen.

Das Verfassungsjubiläum bietet uns Gelegenheit, auf die Erfolgsgeschichte unserer parlamentarischen Demokratie in Nordrhein-Westfalen zu schauen. Seit mehr als 70 Jahren leben wir in Frieden und Freiheit – ein Geschenk, das gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Ich wünsche Ihnen und allen, die Ihnen nahestehen, ganz persönlich, aber auch im Namen des Präsidiums und aller Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen segensreiche Feiertage und ein gesundes und friedvolles Jahr 2020.

  
André Kuper  
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen